



## ALLE REDEN ÜBER DIE AFD. WIR REDEN ÜBER MENSCHENFEINDLICHE POLITIK

In atemberaubendem Tempo werden von der Bundesregierung Gesetzesverschärfungen etabliert, die noch vor wenigen Jahren hinsichtlich ihrer grund- und menschenrechtlichen Dimensionen undenkbar schienen. Vorgeblich, um Ereignisse wie die tödlichen Attentate in Mannheim und Solingen zu verhindern, werden Maßnahmen durchgesetzt, die ganze Personengruppen als „Terrorist\*innen“ unter Generalverdacht stellen und entrechtet. Eine nichtdeutsche Nationalität wird zum zentralen Kriterium erhoben. Insbesondere schutzsuchende Afghan\*innen und Syrer\*innen werden dämonisiert. Doch dieser Frontalangriff auf Freiheits- und Menschenrechte wird weder Gewalttaten verhindern noch Sicherheit schaffen – im Gegenteil: Er zementiert Verhältnisse, die Entrechtung und Gewalt begünstigen. Die Bundesregierung missbraucht die Anschläge dazu, lange Zeit nur von der extremen Rechten geforderte Ausgrenzungs- und Überwa-

chungsphantasien in Gesetze zu gießen. Gleichzeitig werden Budgets für soziale Infrastrukturen und politische Bildung drastisch gekürzt. Diese Politik ist auf allen Ebenen desaströs.

---

*Lässt sich die  
Menschenwürde relativieren,  
je nachdem,  
durch wen sie verletzt wird?*

---

### ZWEIERLEI MASS UND SCHRUMPFENDE DISTANZ

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zeigen, dass das Konzept, die AfD zu imitieren, um ihr Zustimmung zu entziehen, nicht aufgeht. Das Vor-

gehen von Ampel und Union ist voller perfider Doppelmoral. Während sie, vorgeblich im Versuch die AfD zu schwächen, rassistische Stimmungsmache betreiben, wird menschenfeindliche Politik normalisiert. Gleichzeitig behaupten sie, sich von der AfD zu distanzieren. Dabei stellen sie sich selbst als lupenreine „Demokratinnen und Demokraten“ dar und blenden die eigene, menschenfeindliche Politik aus.

Auch die Vorgänge in der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags zeigen, wie weit die politischen Maßstäbe inzwischen verrutscht sind. Der von der AfD gestellte Alterspräsident des Landtags, Jürgen Treutler, hatte mehrfach die Annahme von Anträgen anderer Fraktionen verweigert. Die AfD hebelte damit das Selbstorganisationsrecht des Parlaments und das Demokratieprinzip aus, was zurecht massive Kritik hervorrief und Forderungen nach einem Verbot der AfD neuen Auftrieb verlieh.

Es führt also zu einem bundesweiten Aufschrei, wenn die AfD den Parlamentarismus ad absurdum führt. Dagegen werden die massiven Angriffe auf Grund- und Menschenrechte von Bundes- und Landesregierungen aus Ampel-Parteien und Union, wie zuletzt im „Sicherheitspaket“, öffentlich nur von einer Minderheit als problematisch benannt und größtenteils hingenommen. Maßnahmen, die die Menschenwürde beeinträchtigen und Freiheitsrechte und demokratische Prinzipien schädigen, scheinen dann kein Tabu zu sein, wenn sie nicht von der AfD, sondern von Parteien der „Mitte“ vorangetrieben werden.

Dieser doppelte Maßstab zeigt sich auch in der Debatte über ein Verbot der AfD. Als Grundrechtekomitee haben wir die Forderung nach einem AfD-Verbot in den letzten Monaten mehrfach [problematisiert](#) und [aus radikaldemokratischer Sicht kritisiert](#). Die aktuelle Richtung der Verbotsdebatte bestätigt unsere Skepsis. Die Argumentation für ein AfD-Verbot fokussiert auf das (richtige) Argument, die Politik der Partei verletze die Menschenwürde. Damit die darauf basierende Verbotsforderung greift, müssen allerdings die übrigen Parteien und ihre Politik als gerade noch vertretbar dargestellt werden. Auf diese Weise wird die fortschreitende Rechtsverschiebung einer zunehmend autoritären „Mitte“ ausgeblendet, um die AfD problematisieren zu können. Als Folge erscheint die Politik von Ampel und Union, samt ihrer sicherheits- und asylpolitischen Angriffe auf Menschenwürde und Freiheitsrechte als gemäßigt, demokratisch und human.

Diese künstliche Dichotomie zwischen der Politik der AfD und den aktuellen Gesetzesverschärfungen sowie den noch darüber deutlich hinausgehenden Forderungen aus den übrigen Parteien verstellt eine klare Analyse der aktuellen Tendenzen und ihres repressiven Gehalts.

### IST MENSCHENWÜRDE RELATIVIERBAR?

Das Bundesverfassungsgericht entwickelte in seinem [Urteil zum zweiten NPD-Verbotsverfahren](#) ein moderneres und weniger Staatsschutz-zentriertes Verständnis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das die Menschenwürde ins Zentrum stellt:

„Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit“. Auf diese neuere Auslegung stützen sich viele Verbotsforderungen.

Aber wird das Prinzip elementarer Rechtsgleichheit weniger verletzt, wenn die Zurückweisung speziell syrischer Schutzsuchender an der Grenze oder die Abschiebung von als „Straftätern“ gelabelten Menschen afghanischer Herkunft in das Bürgerkriegsland Afghanistan, nicht von der AfD, sondern von Ampel-Parteien und Union gefordert und umgesetzt wird? Ist die in Artikel 1 GG geschützte Menschenwürde dann weniger angetastet, wenn der Angriff auf sie von den etablierten Parteien verantwortet wird und nicht von der AfD? Lässt sich die Menschenwürde relativieren, je nachdem, durch wen sie verletzt wird?

Tatsächlich greift das durch Ampel-Parteien und Union am 18. Oktober beschlossene „Sicherheitspaket“ die Menschenwürde in vielfacher Weise an. Ausreisepflichtigen Asylbewerber\*innen werden die Sozialleistungen gestrichen, damit werden unzählige Menschen in Illegalisierung, Wohnungslosigkeit und Verelendung getrieben.

Anlasslose, verdachtsunabhängige Polizeikontrollen werden an vielen öffentlichen Orten möglich. Dies muss als [Auftrag für systematisches racial profiling](#) verstanden werden. Der geplante automatisierte Fotoabgleich per Gesichtserkennung und Künstlicher Intelligenz ist der Schritt hin zu dystopischen Überwachungsbefugnissen, bei der nur die konkrete Ausgestaltung noch umkämpft ist.

Vereinzelt wurde innerhalb der Parteien Kritik laut und das ist zu begrüßen. Bereits Ende September verkündeten erst der Bundesvorstand der Grünen Jugend und in der Folge Vorstände mehrerer Landesverbände ihren Rücktritt und teilweise ihren Parteiaustritt. SPD-Mitglieder und vereinzelte Abgeordnete distanzieren sich vom „Sicherheitspaket“. Der begleitende Diskurs stärke „rassistische und ausgrenzende Narrative“. Dennoch: Ein Großteil der Mitglieder von Grünen und SPD folgt der Rechtsverschiebung ihrer Parteien.

## SOZIALE UND DEMOKRATISCHE POLITIK

Demokratie und Menschenwürde in Europa werden heute nicht allein von der extremen Rechten bedroht. Relevante Kräfte in der AfD und in vergleichbaren europäischen Parteien wollen die liberale Demokratie zerschlagen und faschistische Führerstaaten errichten. Sie *sind* eine immense politische Gefahr. Doch die politischen Projekte von AfD und Co. werden durch die zunehmend antidemokratische und autoritäre Politik der anderen Parteien forciert und befördert. Extrem rechte Parteien könnten ohne eine sie umgebende und eine sie stärkende Gesellschaft und Diskurslandschaft nicht existieren.

Eine sich als antifaschistisch verstehende Linke sollte an sozialen, ökologischen und demokratischen Lösungen für die komplexe Gegenwart – welche durch eine Vielfachkrise aus Klimawandel, Verteilungskriegen und sozialen Verwerfungen gekennzeichnet ist – arbeiten und dies von allen Parteien einfordern. Stattdessen wird sich auf eine Verbotskampagne des gefährlichsten politischen Akteurs fokussiert und eine klare Trennung zwischen der autoritären „Mitte“ und extrem rechten Kräften behauptet, welche faktisch nicht länger besteht.

Von dieser Simplifizierung der Welt profitiert die AfD und die extreme Rechte allgemein. Allerdings nicht nur, weil sie vorgeblich einfache Antworten auf komplexe gegenwärtige Probleme gibt, indem sie die Migration nach Europa als zentrales Problem entwirft, sondern auch, weil alle anderen Parteien eine vergleichbare Vereinfachung betreiben. Stumpf wird eine Politik verfolgt, die die realen Widersprüche der Vielfachkrise ignoriert und das gegenwärtige, neoliberal-autoritäre Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell trotz aller Verwerfungen aufrechterhalten soll. Die politischen Prinzipien der Menschenwürde und der Menschenrechte werden somit gegenwärtig von autoritärer und rechter Seite immer weiter entleert. Es ist an uns, den emanzipatorischen Gehalt dieser Konzepte zu verteidigen und weiterzuentwickeln und an kompromisslosen Definitionen von Menschenrechten, Menschenwürde und radikaler Demokratie festzuhalten.

# 10 JAHRE ALARMPHONE: FÜR INFRASTRUKTUREN DER BEWEGUNGSFREIHEIT!



Am 11. Oktober 2024 feierte das Watch-the-Med-Alarmphone sein 10-jähriges Bestehen. Das Alarmphone ist ein transnationales Netzwerk aus rund 300 Aktivist\*innen auf beiden Seiten des Mittelmeeres und betreibt ehrenamtlich eine Telefonhotline für Flüchtende in Seenot. Die Hotline ist seit seiner Gründung durchgehend besetzt, inzwischen mehr als 3.650 Tage und Nächte. Über 8.000 Boote wurden betreut – im Mittelmeer, im Atlantik und im Ärmelkanal.

Der Anlass für die Gründung des Projekts im Oktober 2013 waren zwei Schiffsunglücke südlich von Lampedusa, bei denen viele hundert Menschen ertranken. Italien und Malta hatten die Rettung verzögert. Um nicht mehr nur im Nachhinein zu recherchieren, wer für den Tod auf See die Verantwortung trägt, wollten Aktivist\*innen in Echtzeit gegen das kalkulierte Sterbenlassen intervenieren. Dem Aufruf, die ehrgeizige Idee zu unterstützen, folgten hunderte Einzelpersonen und Organisationen, darunter auch das Grundrechtekomitee – Grund genug, sich die durch das Alarmphone seit einem Jahrzehnt geleistete Praxis der Bewegungsfreiheit genauer anzusehen.

Nach einem Jahr Vernetzungsarbeit ging das Alarmphone am 11. Oktober 2014 online. Genau rechtzeitig: Bald konnten viele Menschen unterstützt werden, die sich während des Langen Sommers der Migration ihr Recht auf Bewegungsfreiheit nahmen. Die Aktivist\*innen begleiteten hunderte Boote, die sich von der Westküste der Türkei auf die griechischen Inseln retteten. Von dort machten sich die

Menschen über die Balkanroute auf in Richtung Norden.

Die Externalisierung des Grenzregimes mit der Auslagerung an Drittstaaten hat sich in den vergangenen zehn Jahren spürbar verschärft. Die Überfahrten aus der Türkei endeten abrupt im April 2016 mit dem EU-Türkei-Deal. Ab 2017 ging die zunächst freundliche Kooperation mit der italienischen Küstenwache in eine Phase der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung über. Unter anderem wurde das NGO-Schiff *Iuventa* festgesetzt und seine Crew angeklagt. Hautnah erlebten die Aktiven des Alarmphone ab 2016 die auf Drängen der EU realisierte Etablierung der sogenannten libyschen Küstenwache und die Einrichtung der libyschen Such- und Rettungszone. Die EU-Staaten delegieren seitdem die Migrationsbegrenzung an das Bürgerkriegsland Libyen, wobei als „Küstenwache“ bezeichnete Milizen Flüchtende mit Gewalt zurückschaffen, unterstützt durch die Aufklärungsflüge von Frontex.

Im westlichen Mittelmeer war ein ähnliches Muster zu beobachten. Auf den Anstieg von Überfahrten aus dem Norden Marokkos nach Spanien reagierte die marokkanische Regierung auf Druck der EU, indem sie Flüchtende mit Razzien und Deportationen von der Überfahrt abzuhalten versuchte. Heute starten die Boote mit dem Ziel Spanien daher weiter südlich: Die Route vom Senegal über den Atlantik zu den Kanaren ist ungleich länger und gefährlicher. Denn wird eine Route geschlossen, wird eine andere gesucht. Längere Fahrten bedeuten steigende Gefahren

und höhere finanzielle Kosten. Die Kriminalisierung von Flucht führt zu klandestiner Organisation der Überfahrten, Menschen sind auf Schlepper angewiesen.

In der Ägäis zwischen der türkischen Westküste und den griechischen Inseln brutalisierte sich das Vorgehen der griechischen Küstenwache nach Abwahl der Syriza-Regierung im Sommer 2019 massiv. Aktuell wagen Menschen deshalb häufig die tagelange Überfahrt von der Türkei direkt nach Süditalien oder von Libyen nach Kreta, um Pushbacks zu vermeiden.

Während der Corona-Pandemie waren die Häfen von Italien und Malta vorübergehend geschlossen, die staatliche Seenotrettung wurde ausgesetzt, die zivile Seenotrettung mit Auflagen verhindert. Menschen flohen trotzdem. An den Ostertagen 2020 waren Alarmphone-Aktivist\*innen damit konfrontiert, dass schutzsuchende Menschen südlich von Malta tagelang ohne Rettung auf dem Meer trieben und schließlich verdursteten. Das EU-Grenzregime tötet buchstäblich. Gegen dieses kalkulierte Sterbenlassen auf dem Mittelmeer arbeitet das Alarmphone aktuell mit 20 Schiffen und Flugzeugen der zivilen Seenotrettung zusammen.

Immer wieder melden sich auch Angehörige von Menschen, die sich auf den Weg nach Europa gemacht hatten, aber seitdem verschollen und vermutlich ertrunken sind. Für die Suche nach Vermissten gibt es keine staatlichen Stellen, die Angehörigen bleiben mit ihren Fragen und ihrer Trauer allein. Das Alarmphone unterstützt daher auch Familien und Freund\*innen bei der Suche nach ihren Liebsten. Jedes Jahr gedenken Alarmphone-Aktivist\*innen zusammen mit Hinterbliebenen den Opfern des Grenzregimes. Im Oktober kamen dafür zahlreiche Aktive aus verschiedenen europäischen und afrikanischen Ländern in Dakar zusammen und erneuerten ihr gemeinsames Versprechen: Der Kampf für Bewegungsfreiheit geht weiter!

■ Britta Rabe

(aktiv im Alarmphone seit 2014)



## BILDUNG FÜR DIE BUNDESWEHR?

### DAS GESETZ ZUR FÖRDERUNG DER BUNDESWEHR IN BAYERN UND DIE WISSENSCHAFTSFREIHEIT

Die „Zeitenwende“ und die in ihrem Windschatten angestrebte Militarisierung der Gesellschaft macht auch vor den öffentlichen Bildungseinrichtungen nicht halt. Wie häufig geht hier Bayern mit schlechtem Beispiel voran. In einem im Juli 2024 beschlossenen [„Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“](#) strebt der Freistaat unter anderem an, „den ungehinderten Zugang der Bundeswehr zu Forschung und Entwicklung an Hochschulen sicherzustellen, [und] ihren Zutritt zu Schulen zu erleichtern“. Dass neben der Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern auch die SPD im bayerischen Landtag für das Gesetz stimmte, verdeutlicht den sich immer stärker formierenden politischen Konsens für eine Militarisierung.

Die bayerischen Schulen sollen nach dem Gesetz im Rahmen der politischen Bildung mit Jungoffizier\*innen der Bundeswehr zusammenarbeiten. Diese sollen in Zukunft „[d]ie Vermittlung der internationalen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, die auch für Deutschlands Sicherheit und Wohlergehen entscheidend sind, und die daraus für die Politik folgenden Konsequenzen“ übernehmen. Offensichtlich steht hier weniger qualitativ hochwertige politische Bildung, als vielmehr das Projekt einer Normalisierung des Militärs, wie es etwa auch durch aufwendige Social Media-Kampagnen betrieben wird, im Vordergrund.

Bayerns neues Bundeswehr-Gesetz richtet sich auch an die Hochschulen. Hier blickt man auf lange Diskussionen über die Rolle des Militärs zurück, die vor allem unter dem Stichwort der Zivilklausel geführt werden: Mit solchen Bestimmungen verpflichten sich viele Hochschulen in der Bundesrepublik, Forschung und Lehre ausschließlich zu friedlichen und zivilen Zwecken zu betreiben. Solche Zivilklauseln – die noch an keiner bayerischen Hochschule eingeführt wurden – lehnt die Landtagskoalition aus CSU und Freien Wählern scharf ab. Mit öffentlichen Mitteln finanzierte Forschung müsse auch militärisch verwendet werden dürfen. Dies führt letztlich dazu, dass private Rüstungskonzerne von der öffentlich finanzierten Forschung profitieren. Die ökonomische Dimension der „Zeitenwende“ trat im Gesetzgebungsprozess recht unverblümt zutage. So soll das Gesetz Bayern auch als Standort für die Rüstungsindustrie attraktiver machen, wie etwa Staatskanzleichef Florian Herrmann (CSU) [betonte](#).

Das neue bayerische Bundeswehrgesetz verbietet nicht nur Zivilklauseln, es verpflichtet die Hochschulen sogar zur aktiven Kooperation mit der Bundeswehr, „wenn und soweit das Staatsministerium auf Antrag der Bundeswehr feststellt, dass dies im Interesse der nationalen Sicherheit erforderlich ist.“

Vieles spricht für die Verfassungswidrigkeit des bayerischen Gesetzes. So stehen den Bundesländern zwar weitgehende Gesetzgebungskompetenzen im Bildungsbereich zu, nicht jedoch für die Verteidigung. Laut seiner Begründung geht es dem Gesetz allerdings ausdrücklich darum, die Bundeswehr zu stärken – und nicht um bildungspolitische Fragen. Auch kommt den Hochschulen nach dem Grundgesetz eine weitreichende Autonomie zu. Staatliche Vorgaben zu den Themen, die gelehrt oder beforscht werden, sind kaum mit der Verfassung vereinbar.

Eine breite Allianz aus Gewerkschaften und der Friedensbewegung hat [angekündigt](#), juristisch gegen das Gesetz vorzugehen. Auch im Gesetzgebungsprozess argumentierten die Gegner\*innen hauptsächlich juristisch. Ein solches Vorgehen ist strategisch sinnvoll. Die Chancen, dass ein Gericht das Gesetz zumindest teilweise kassiert, dürften nicht allzu schlecht stehen. Gleichzeitig verschiebt diese juristische Strategie den Fokus auf rechtstechnische Fragen und weg von einer grundsätzlichen Kritik an den zunehmend bellizistischen Tendenzen in vielen Gesellschaftsbereichen. In diese Tendenzen reiht sich dieses bayerische Bundeswehrgesetz ein, indem es die militärische Verteidigung als vorrangiges Ziel des Staates statuiert, an dem sich alle staatliche und wissenschaftliche Tätigkeit ausrichten muss. Militärfreie staatlich finanzierte Räume sind mit einer solchen Denkweise unvereinbar.

Eine radikaldemokratische und antimilitaristische Kritik, wie sie das Grundrechtekomitee vertritt, muss somit, neben den verfassungsrechtlichen Fragen um Bundes- und Länderkompetenzen, Vorstöße wie das bayerische Bundeswehrgesetz in eine breitere Analyse aktueller Militarisierungstendenzen einordnen. Hierfür finden sich Ansatzpunkte im auf eine „Friedens-Finalität“ (Erhard Denninger) ausgerichteten Grundgesetz.

■ Andreas Gutmann

Andreas Gutmann ist Jurist und arbeitet als Postdoktorand im Fachgebiet „Just Transitions“ der Universität Kassel. Seit Oktober 2023 ist er Vorstandsmitglied des Grundrechtekomitees.

## ESKALATION OHNE PERSPEKTIVE.

### DIE STATIONIERUNG VON US-MITTELSTRECKENRAKETEN IN DEUTSCHLAND

Am 10. Juli 2024 verkündeten die deutsche und die US-amerikanische Regierung in einer dürren, [kaum acht Zeilen langen Erklärung](#), ab 2026 US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stationieren zu wollen. Vertreter\*innen der Bundesregierung stellen die Stationierung als defensive Reaktion auf russische Aggressionen dar. Es gehe lediglich darum, eine gegenüber Russland bestehende „Fähigkeitslücke“ zu schließen.

Diese Darstellung ist irreführend. Betrachtet man die Stationierung in ihrem größeren Kontext, ergibt sich ein anderes Bild. Nachdem frühere Annäherungsversuche gescheitert waren, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der NATO und Russland ab Ende der 2000er Jahre deutlich. Es kam zu einer wechselseitigen Eskalation rüstungs- und militärpolitischer Entscheidungen, darunter weitere Schritte zur Osterweiterung der NATO und russische Militär-Interventionen in Georgien und der Ukraine. Im selben Zeitraum spitzte sich die militärische Konfrontation zwischen den USA und China zu.

Vor diesem Hintergrund entwickelten die USA das Konzept der [Multi-Domain Taskforces](#), in denen Einheiten unterschiedlicher Waffengattungen kooperieren, darunter auch Artillerieverbände mit Mittelstreckenraketen. Zu diesem Zeitpunkt war die Stationierung landgestützter Mittelstreckenraketen allerdings noch durch das 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossene Abkommen zum Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen (INF-Abkommen) verboten, welches sich auch auf konventionelle Raketen erstreckte. Das Abkommen ging maßgeblich auf den politischen Druck weltweiter Friedens- und Abrüstungsbewegungen zurück, in denen auch das Grundrechtekomitee stark involviert war.

Im August 2019 kündigte die US-Regierung unter Donald Trump das INF-Abkommen, mit der Begründung, Russland habe dieses längst gebrochen. Dieser Vorwurf ist umstritten. Russische Angebote zu Waffeninspektionen lehnte die US-Regierung ab. Ihr Vorgehen zeigt zudem, dass das

Ende des Abkommens gut in ihr eigenes strategisches Konzept passte. Nur einen Tag nach der Aufkündigung durch Präsident Trump [erklärte der US-Verteidigungsminister](#), die USA würden neue, gegen China gerichtete Mittelstreckenraketen in Stellung bringen.

Die Raketen, die nun in Deutschland stationiert werden sollen, sind Teil einer bereits 2018 angekündigten *Multi-Domain Taskforce*. Ihre Stationierung wurde durch die Kündigung des INF-Abkommens 2019 juristisch überhaupt erst möglich. Die Stationierung fügt sich somit in eine langfristige und aufwendig betriebene Strategie zum Ausbau westlicher Militärkapazitäten ein.

Die geplante Stationierung widerspricht somit nicht nur einem mehr als 30 Jahre gültigen Rüstungskontroll-Abkommen, sondern bricht auch mit einem in den 1980er Jahren durch soziale Bewegungen erkämpften und seitdem breit unterstützten Konsens zur Abrüstungspolitik. Die Entscheidung erfolgte ohne jede öffentliche Debatte; selbst der 1979 verkündete NATO-Doppelbeschluss musste 1983 noch im Bundestag gebilligt werden. Dies zeigt die weitere Entleerung liberaldemokratischer Prinzipien, welche in Deutschland ohnehin [auf repräsentative Verfahren verengt sind](#).

Zudem sind die zur Stationierung geplanten Raketentypen insbesondere zur Offensive geeignet. Gerade die Überschallwaffen erlauben Angriffe, speziell sogenannte Erstschläge, tief im russischen Territorium. Dazu passt, dass die Initiative keinerlei abrüstungspolitische Komponenten enthält. Sogar der NATO-Doppelbeschluss kombinierte ein massives Aufrüstungsprogramm mit Abrüstungsangeboten an die Sowjetunion. Ein ernsthaftes Bemühen um neue Rüstungskontrollen ist von westlichen Regierungen heute nicht zu erkennen. Deshalb wäre es falsch, den offiziellen Verlautbarungen zu glauben, die die Raketenstationierung als rein defensive Maßnahme darstellen. Sie ist ein taktische Element in der imperialistischen Konkurrenz von Großmächten, welche im Interesse der sie dominierenden gesellschaftlichen Kräfte und (Klassen-)Fraktionen handeln.

Schließlich wird die Stationierung die militärische Eskalation zwischen den westlichen Staaten und der russischen Regierung weiter verschärfen. Russland hat bereits angekündigt, ebenfalls neue Raketen zu entwickeln und stationieren zu wollen. Der Ausstieg aus einer solchen Eskalationssequenz ist nicht durch weitere Aufrüstung möglich. Perspektiven bieten ein ernsthaftes Bemühen um Abrüstung, zivile Konfliktbearbeitung und die solidarische und demokratische Überwindung der sozio-ökonomischen Ungleichheiten und Krisendynamiken, welche den militärischen Zuspitzungen zugrunde liegen.

■ Fabian Georgi



Demonstration gegen Nachrüstung und NATO-Doppelbeschluss am 2.12.1983 in Duisburg.  
© picture alliance / Klaus Rose | Klaus Rose

## DIALOG IM KRIEG.

# „ES WAR SCHWIERIG, NACH DEM 7. OKTOBER HIERHER ZU KOMMEN“

Das 30-jährige Bestehen des Dialogprojektes *Wi.e.ersprechen* wurde in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien, wo das Projekt 1994 als humanitäre Aktion des Grundrechtekomitees für binnenvertriebene Kinder entstand, gebührend gefeiert. Für ein Dialogprojekt, das nicht nur in Südosteuropa, sondern auch seit über 20 Jahren mit Partner\*innen in Israel und Palästina zusammenarbeitet, ist 2024 allerdings ein bedrückendes Jubiläumsjahr.

Der schrittweise eskalierende Ausnahmezustand, in dem unsere Partner\*innen in Israel und Palästina arbeiten, ist in vielerlei Hinsicht nicht neu – der Konflikt, die Besatzung, die Kreisläufe der Gewalt, die eklatant asymmetrischen Machtverhältnisse. Gleichzeitig war der 7. Oktober eine tiefe Zäsur und die Situation hat seitdem unfassbare Dimensionen von Brutalität angenommen. „Niemand von uns ist mehr in der Lage, alle Nachrichten zu verfolgen. Jeden Tag passieren so viele abscheuliche Dinge“, schildert Karim A.\*, palästinensischer Projekt-Koordinator im Westjordanland.

Die Lebensrealitäten und Betroffenheit der Partner\*innen in der Region sind vielfältig und sehr ungleich. Teammitglieder wie Teilnehmende der Dialogprogramme sind betroffen, leben in Angst, und sind als Aktivist\*innen zunehmend von Repression bedroht.

\*Namen geändert

Es scheint wie ein Wunder, aber die Partner\*innen arbeiten weiter, wo sie können. Eine Gruppe Teammitglieder und Teilnehmende des letztjährigen Frauen\*seminars war im August 2024 sogar zu vertieftem Dialog und Konzeptarbeit für zukünftige Seminare in Deutschland. Weder die in Erwartung eines Angriffs aus dem Iran kurzfristig annullierten Flüge, noch die Angst um ihre Familien zuhause konnten sie aufhalten. Sie fühlen sich verpflichtet, weiter an einer menschlichen Perspektive für ihre Region zu arbeiten.

In den radikal veränderten politischen Rahmenbedingungen haben die Emotionalität und Intensität des Dialogs spürbar zugenommen. Leen D.\*, Teilnehmende aus dem Westjordanland sagte dazu: „Es war schwierig, nach dem 7. Oktober hierherzukommen. (...) Ich sitze mit Israelis in einer Dialoggruppe zusammen und verfolge gleichzeitig täglich die Nachrichten. Ich sehe die israelischen [militärischen] Angriffe. Es ist jeden Tag eine Herausforderung.“

Esther K.\*, jüdisch-israelische Teilnehmerin, drückte ihre Motivation so aus: „Ich bin letztes Mal mit dem Gefühl hier rausgegangen, dass es noch mehr zu tun gibt und ich empfinde es auch so, dass die aktuelle Situation mich verpflichtet, mich damit zu beschäftigen.“

Gemeinsam entwickelten sie Ideen für die Zukunft der Dialogseminare: „Meine persönliche Vision wäre, dass dieses

Seminar Anerkennung schafft (...) und die Israelis auf eine Art Verantwortung übernehmen. Das kann auch umgekehrt für die palästinensische Seite schwer sein; als ich mit der Frage konfrontiert wurde, ob ich Verantwortung dafür übernehme, was die Hamas getan hat, war das eine sehr schwierige Konversation für mich. (...) Es hat also damit zu tun, ob Teilnehmende [generell] bereit sind, Dinge anzuerkennen“, reflektiert Alethia B.\*, Palästinenserin mit israelischer Staatsangehörigkeit.

„Am 7. Oktober waren unter den ersten Menschen, die nach mir und meiner Familie fragten, Teilnehmerinnen aus dem Westjordanland. Da wusste ich, dass was wir hier machen, hat Sinn“, erzählt Mushka K., jüdisch-israelische Teilnehmerin.

Jenseits innerdeutscher medialer oder politischer Diskurse bleibt das Projekt dem Ansatz treu, mit Menschen in Palästina und Israel Dialogräume zu öffnen, offen zu halten und Aktivist\*innen in ihrer Arbeit für eine politische Lösung zu unterstützen.

■ Projekt *Wi.e.ersprechen*



Zusammenarbeiten:  
Teilnehmende entwickeln  
Konzepte für zukünftige  
Dialogseminare.  
© *Wi.e.ersprechen* 2024

Dialoge  
über Grenzen  
hinweg  
**WI.E.ERSPRECHEN**

„*Wi.e.ersprechen* – Dialoge über Grenzen hinweg“, vormals „Ferien vom Krieg“, ist ein seit 1994 bestehendes Projekt des Grundrechtekomitees. Es entstand als humanitäre Aktion im seinerzeitigen Jugoslawien. Dort organisierten Engagierte des Komitees während des Krieges Ferienfreizeiten am Meer für binnenvertriebene Kinder. Mittlerweile arbeitet das Projekt in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien mit Partner\*innen zusammen, die Dialogbegegnungen für Jugendliche aus den drei Ländern organisieren. Seit 2002 organisiert *Wi.e.ersprechen* zudem gemeinsam mit Partner\*innen aus Israel und Palästina Dialogseminare für junge Erwachsene in Deutschland.

Mehr zum Projekt unter  
[www.wiedersprechen.org](http://www.wiedersprechen.org)

# POLIZEILICHE SCHMERZGRIFFE: EINSCHÜCHTERND UND BRUTAL

Inhaltswarning: explizite Darstellungen polizeilicher Gewalt.



Am 23. Oktober lud das Grundrechtekomitee im Bündnis mit acht Organisationen zur Podiumsdiskussion [„Schmerzgriffe als polizeiliche Praxis: Menschenrechte schützen, Polizeigewalt entgegenreten“ in Berlin ein.](#)

Eine gesonderte Beschäftigung mit dieser Polizeipraxis ist notwendig, da diese in den letzten Jahren zunehmend verwendet zu werden scheint. Betroffene rassistischer Polizeieinsätze erleben dies schon lange, doch besonders Schmerzgriffe gegen Klimaprotestierende erhielten in den letzten Monaten Aufmerksamkeit: Videos, auf denen der behandschuhte Griff in Augenhöhlen und Kieferpartien, das Verdrehen von Armen und das Umbiegen von Fingern zu sehen ist, wurden tausendfach geteilt. Die Polizei bezeichnet solche Gewaltanwendung euphemistisch als „Nervendrucktechniken“, darunter fällt auch das Knien auf Hals- und Nackenpartien. Diese Praktiken sind nicht nur brutal und traumatisierend, sondern auch lebensgefährlich. Dennoch sind dies ungebrochen [auch von Polizist\\*innen in Deutschland](#) angewandte Gewalttechniken.

## SCHMERZZUFÜGUNG ALS SELBSTZWECK?

Für die Veranstaltung war es uns als Bündnis wichtig, verschiedene Betroffenenperspektiven einzubeziehen. Lars Ritter, Aktivist der *Letzten Generation*, berichtete von seinen Erfahrungen bei einer Sitzblockade. Ein Polizist drohte ihm mit Schmerzen, wenn er nicht freiwillig aufstehen würde. Kurz darauf zogen der Polizist und ein Kollege Lars Ritter am Hals nach oben, anschließend verdrehten sie ihm Handgelenk und Arm so stark, dass er vor Schmerzen laut aufschrie. Er berichtete, dass er seinen Körper nicht mehr spüren konnte und sich auch längere

Zeit nicht mehr an das Erlebte erinnerte. Dies nannte Ärzt\*in und Podiumsteilnehmer\*in Isa Paßlick Dissoziation – eine der möglichen Reaktionen auf starken Schmerz. Lars Ritter klagt gegen diesen Polizeieinsatz.

Der Jurist Joschka Selinger erläuterte, dass die Polizei zwar Gewalt – sogenannten „unmittelbaren Zwang“ – anwenden dürfe, dabei aber stets das mildeste Mittel zu wählen habe. Das Zufügen zusätzlicher Schmerzen beim Wegtragen sei daher unzulässig. Zudem

verstoßen Schmerzgriffe aus seiner Sicht gegen die Europäische Konvention zur Verhütung von Folter (CPT), die unmenschliche oder erniedrigende Behandlung verbiete. Isa Paßlick, Mitglied des *Vereins Demokratischer Ärzt\*innen*, erklärte, dass Schmerz dem Körper Gefahr signalisiere und Schutzreaktionen aktiviere, die individuell und nicht aktiv steuerbar seien. Um in einer konkreten Situation ein bestimmtes Verhalten zu erzwingen, etwa das Aufstehen und Mitlaufen, ist Schmerzzufügung daher vollkommen ungeeignet. Allerdings ▶

## Artikel und Kommentare

Folgende Beiträge finden Sie online: [www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)

- **Zuchtmittel und schädliche Neigungen. NS-Kontinuitäten im Jugendstrafrecht.**  
Beitrag von Lisa Tölle, Jan Tölle und Michèle Winkler im *Forum Wissenschaft*, 30. Oktober 2024
- **„Es braucht ein Umdenken, bevor weitere Menschen sterben“.**  
Zur Systematik staatlicher Legitimierung polizeilichen Tötens.  
Beitrag von Michèle Winkler und Britta Rabe für die *analyse & kritik*, 29. Oktober 2024
- **Das „Wir“ und das „Die“.**  
Wie koloniale Denkmuster die Migrationsdebatte prägen.  
Gastbeitrag von Thomas Tews, 29. Oktober 2024
- **Ende Gelände für den Inlandsgeheimdienst: Verfassungsschutz abschaffen und Extremismuskonzept einmotten!**  
Beitrag von Michèle Winkler in der *Graswurzelrevolution*, 2. Oktober 2024
- **NRW-Landesregierung missbraucht Solingen zur Aufhebung von Rechten ganzer Bevölkerungsgruppen – Stellungnahme zur Ausweitung der autoritären „Migrations- und Sicherheitspolitik“ in NRW.**  
Gemeinsame Stellungnahme, 24. September 2024
- **Haltung zeigen – Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verteidigen, biometrische Gesichtserkennung stoppen.**  
Offener Brief, 23. September 2024
- **Gegen einen Ausbau von Abschiebefängnissen in NRW. Stopp des populistischen Überbietungswettbewerbs bei der Abschiebehaft!**  
Presseerklärung, 11. September 2024
- **Flüchtlingsschutz ist Teil unserer demokratischen Werte – Forderungen nach Zurückweisungen ablehnen, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Europa verteidigen.**  
Appell von 27 Organisationen an die Bundesregierung, 9. September 2024
- **Solingen: Gewalt lässt sich nicht abschieben. Autoritäre Mobilisierung in Parlamenten und auf der Straße stoppen.**  
Gemeinsames Statement aus Köln, 3. September 2024
- **Die Entleerung von Antifaschismus. Zur linken Anrufung der „wehrhaften Demokratie“.**  
Beitrag von Michèle Winkler zum AfD-Verbot, 23. August 2024
- **Die Grenzen des Grundgesetzes. Grundrechte ausweiten, um sie zu verteidigen.**  
Beitrag von Fabian Georgi im *FriedensForum*, 21. August 2024
- **Maja T.: Sofortige Beendigung grundrechtsverletzender Haft und Aufklärung der rechtswidrigen Auslieferung.**  
Gemeinsame Presseerklärung mit der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ), 20. August 2024

kann die erlebte Gewalt bzw. das Wissen um diese Gewalttechniken so einschüchternd wirken, dass Menschen von der Teilnahme an Versammlungen abgeschreckt werden.

## RASSISMUS UND POLIZEIGEWALT

Zefanias Mundzik, Überlebender rassistischer Polizeigewalt, berichtete, wie er nach einem Angriff durch ÖPNV-Sicherheitspersonal in Berlin von der herbeigerufenen Polizei mit einem Knie im Nacken zu Boden gedrückt wurde, bis er das Bewusstsein verlor. Nur durch Kameraaufnahmen konnte er sich selbst vor einer Verurteilung schützen und kämpft seinerseits noch für Gerechtigkeit. Seine Kampagne [Polizei im Nacken](#) setzt sich inzwischen für ein Verbot der Kniefixierung ein.

Molhem, ein palästinensischer Aktivist, schilderte eine ebenfalls traumatische Begegnung mit der Polizei in Berlin. Bei einer Demonstration wurde er von

hinten gepackt und unter Schmerz- zufügung in einen Mannschaftswagen der Polizei gebracht. Hinter verschlossenen Türen seien ihm immense Schmerzen zugefügt worden, die ihn noch heute belasten. Eindrücklich schilderte Molhem, dass er aus Syrien geflüchtet sei, um in einer Demokratie zu leben und um seine Meinung frei äußern zu können und nun erlebe er auf den Straßen Berlins massive Polizeigewalt und Einschüchterung. Dieser Vorfall sei das Schlimmste, was ihm je geschehen sei.

Sowohl Molhem als auch Zefanias Mundzik erhalten Unterstützung von ReachOut, einer Beratungsstelle u.a. für Opfer rassistischer Polizeigewalt. Die Beraterin Parto Tavangar betonte, dass das Problem systemischer Natur sei und sehr viele Menschen bei ihnen Rat suchen, weil sie rassistische Polizeigewalt erleben. Seit Oktober 2023 habe sich die Situation massiv verschlimmert. Insbesondere palästina-

solidarische Menschen und alle, die auf Berlins Straßen als muslimisch oder arabisch wahrgenommen würden, seien seither Ziel von Polizeigewalt und Einschüchterung. Die Podiumsteilnehmenden sahen Schmerzgriffe als Teil einer Einschüchterungsstrategie, die verhindern solle, dass Menschen öffentlich Dissens äußern. Rechtskämpfe können nur eine untergeordnete Rolle bei der Überwindung solcher gewaltvoller Praktiken spielen, im Zentrum muss ein politisches Vorgehen dagegen stehen.

■ Michèle Winkler

Eine [ausführliche Version dieses Textes](#) findet sich auf unserer Webseite. Ein Mitschnitt der Veranstaltung wird demnächst dort veröffentlicht.

# UNTERSTÜTZT DAS GRUNDRECHTE **KOMITEE.de**

Mit jedem Monat setzen Kräfte der politischen Rechten wie der vermeintlichen „Mitte“ mehr autoritäre Maßnahmen durch. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie stellt sich dieser Entwicklung entgegen und verteidigt Grund- und Menschenrechte kompromisslos.

## HIERFÜR BENÖTIGEN WIR IHRE UND EURE UNTERSTÜTZUNG!

### INFORMATIONEN ERHALTEN



Newsletter abonnieren:  
[grundrechtekomitee.de/  
newsletter-abonnieren](http://grundrechtekomitee.de/newsletter-abonnieren)



Rundbrief „Informationen“  
bestellen:  
[grundrechtekomitee.de/  
rundschreiben-bestellen](http://grundrechtekomitee.de/rundschreiben-bestellen)

Unterstützen kann man das Grundrechtekomitee auf vielfältige Weise: durch Abonnements unseres Newsletters, dieses Rundbriefs oder unserer Social Media-Kanäle; durch das Teilen und Verbreiten unserer Inhalte oder die Teilnahme an unseren Veranstaltungen; durch einmalige Spenden oder eine verlässliche Fördermitgliedschaft.

### FINANZIELL UNTERSTÜTZEN



Jetzt online spenden:  
[grundrechtekomitee.de/  
spenden](http://grundrechtekomitee.de/spenden)



Fördermitglied werden:  
[grundrechtekomitee.de/  
foerdermitgliedschaft](http://grundrechtekomitee.de/foerdermitgliedschaft)

## SOCIAL MEDIA

✕ [@grundrechte1](#)    [@grundrechtekomitee](#)    [@grundrechtekomitee.bsky.social](#)

## GRUNDRECHTE **KOMITEE.de**

Komitee für Grundrechte  
und Demokratie e.V.

Aquinostraße 7-11  
50670 Köln

Telefon 0221 97269 -30

[info@grundrechtekomitee.de](mailto:info@grundrechtekomitee.de)  
[www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18  
BIC GENODE51MIC

✕ [@grundrechte1](#)

[@grundrechtekomitee](#)

[@grundrechtekomitee.bsky.social](#)

Redaktion Fabian Georgi, Britta Rabe,  
Aaron Reudenbach, Michèle Winkler

Namentlich gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Position des gesamten Grundrechtekomitees wieder.

Layout [www.boographics.de](http://www.boographics.de)

## DATENSCHUTZ

Zum Datenschutz gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung: Wir halten gerne mit Ihnen Kontakt: Ihre Daten (Postanschrift) haben wir ausschließlich gespeichert, um Ihnen unseren Newsletter (ggf. Spendenbescheinigungen) zuzusenden. Es ist selbstverständlich, dass wir Ihre Daten nicht weitergeben werden. Sie können jederzeit Ihre Einwilligung, den Newsletter von uns zu erhalten, über die Anschrift und Kontaktdaten der Geschäftsstelle widerrufen und die Löschung Ihrer Adressdaten verlangen. Ebenso erteilen wir Ihnen jederzeit Auskunft, welche Daten wir von Ihnen gespeichert haben.